

Starbatty, Joachim

Working Paper

Soziale Marktwirtschaft als Forschungsgegenstand: Ein Literaturbericht

Tübinger Diskussionsbeiträge, No. 79

Provided in Cooperation with:

University of Tuebingen, Faculty of Economics and Social Sciences, School of Business and Economics

Suggested Citation: Starbatty, Joachim (1996) : Soziale Marktwirtschaft als Forschungsgegenstand: Ein Literaturbericht, Tübinger Diskussionsbeiträge, No. 79, Eberhard Karls Universität Tübingen, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Tübingen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/104880>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

**Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

**Soziale Marktwirtschaft
als Forschungsgegenstand:
Ein Literaturbericht**

Joachim Starbatty



Tübinger Diskussionsbeiträge

**Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

**Soziale Marktwirtschaft
als Forschungsgegenstand:
Ein Literaturbericht**

Joachim Starbatty

**Tübinger Diskussionsbeitrag Nr. 79
Oktober 1996**

Wirtschaftswissenschaftliches Seminar
Mohlstraße 36, D-72074 Tübingen

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorbemerkung	2
I. Zur Entwicklung der Konzeption	3
a. Richtungen	3
b. Menschenbild	6
c. Abgrenzung zum klassischen Liberalismus	7
d. Theoretische Grundlegung	8
II. Das Adjektiv „sozial“ - Einfallstor für antiliberale Tendenzen?	11
a. „Soziale“ versus „adjektivlose“ Marktwirtschaft	11
b. Ebenen der Sozialität	12
c. Dimensionen sozialer Gerechtigkeit	16
d. Subsidiarität und Marktkonformität	17
III. Politische Ökonomie: Gefordert ist der „starke Staat“, zu zähmen ist „Leviathan“!	19
Literatur	22

Soziale Marktwirtschaft als Forschungsgegenstand: Ein Literaturbericht*

Vorbemerkung

Wer sich mit der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft im Spiegel der wissenschaftlichen Literatur befassen will, über den ergießt sich ein Meer an Büchern, Aufsätzen, Zeitungsartikeln, Pamphleten und Broschüren. *Gerhard Hahn* hat für 1983-1986 jährliche Bibliographien erstellt, die insgesamt 5.622 Eintragungen enthalten (mit steigender Tendenz). Wenn wir das arithmetische Mittel der Eintragungen für den Zeitraum 1986-1995 fortschreiben, dann kommen wir auf eine Zahl von ca. 14.500 Literaturhinweisen. Sicherlich, unter diese Hinweise fallen auch politische Stellungnahmen, Zeitungsartikel und Publikationen zu Randgebieten, aber selbst bei entsprechender Aussonderung gleichen Sichtung und Auswertung der Literatur der Arbeit des mythischen Sisyphos. Damit nun - um im Bilde zu bleiben - der Stein nicht immer wieder nach unten rollt und die Plackerei von neuem beginnt, darf man bei der Bemessung des Zieles nicht zu ehrgeizig sein: Man muß versuchen, den Stein vor Erreichen des Hügelkammes so zu deponieren, daß er nicht mehr herabrollen kann. Deswegen konzentriert sich der Bericht auf zentrale Themen. Die Literatur ist nach folgenden Kriterien gesichtet und ausgewertet worden:

- (I) Zur Entwicklung der Konzeption: Richtungen, Menschenbild, Abgrenzung zum klassischen Liberalismus, theoretische Grundlegung;
- (II) das Adjektiv „sozial“ - Einfallstor für antiliberale Tendenzen? „Soziale“ versus „adjektivlose“ Marktwirtschaft, Ebenen der Sozialität, Dimensionen sozialer Gerechtigkeit, Subsidiarität und Marktkonformität;
- (III) Politische Ökonomie: Gefordert ist der „starke Staat“, zu zähmen ist „Leviathan“.

Auch dieses Programm ist noch ehrgeizig, wenn die relevante Literatur ausgeschöpft werden soll. Ob dies gelungen ist, bleibt abzuwarten; notgedrungen ist die Auswahl stark subjektiv geprägt. Dies ist zugleich auch eine Bitte um Nachsicht, wenn wichtige Literatur nicht berücksichtigt wurde.

* Ich danke meiner Mitarbeiterin, *Michaela Grimm*, die immer neue Bücherberge zur Sozialen Marktwirtschaft auf meinen Schreibtisch und andere freie Flächen gepackt und mich so gezwungen hat, vieles wieder, aber auch vieles neu zu lesen.

I. Zur Entwicklung der Konzeption

a. Richtungen

Es ist gut, sich hin und wieder der Zeit zu erinnern, in der *Ludwig Erhard* das Experiment der Sozialen Marktwirtschaft gewagt hat. Er selbst sagte dazu (1953, S. 132): „Ich glaube, es kann und soll vor allem nicht als Überheblichkeit aufgefaßt werden, wenn ich sage, daß noch kaum je ein Land aus einem vollendeten Chaos heraus eine solch gigantische Aufgabe zu bewältigen hatte, als sie uns in Deutschland oblag“. Diesem Experiment kam übernationale Bedeutung zu. *Carlo Mötteli* (1961, S. 12) schreibt, daß unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg der damalige Chefredakteur der *Neuen Zürcher Zeitung*, *Willy Bretscher*, und ihr Auslandsredakteur, *Albert Müller*, in der Wiedergewinnung Deutschlands für die freie Welt eine Aufgabe erkannten, „der sich auch seine vordem bedrohten oder gar überfallenen und besetzten Nachbarn im Hinblick auf die aufziehende Gefahr aus dem Osten nicht entziehen durften. Auf diesem düstern politischen Hintergrund kam denn auch dem Experiment der Sozialen Marktwirtschaft von allem Anfang an eine Bedeutung zu, die sich damals wie heute nicht in der Konjunktur erschöpft“. Diese Aufgabe gelang dermaßen gut, daß die Welt von einem *Wirtschaftswunder* sprach¹. *Milton Friedman* hat den politischen Urheber, *Ludwig Erhard*, auf der Konferenz der *Mont-Pèlerin*-Gesellschaft in Berlin 1982 einen Glücksfall für Wissenschaft und Politik genannt: Liberale Ökonomen könnten erkennen, daß ihre klaren Sätze über Allokation und Verteilung und ihre darauf gründenden Empfehlungen zuträfen; liberale Politiker könnten erkennen, daß sich eine mutige marktwirtschaftliche Politik auch an den Wahlurnen auszahle². Die Entscheidung, in einem kriegszerstörten und immer noch hungernden Nachkriegsdeutschland mit der Einführung der DM zugleich Rationierung und Lebensmittelkarten abzuschaffen und später als Wirtschaftsminister im Korea-Krieg mit der Rationierung, obwohl sogar seine politischen Freunde ihn drängten³ und die Lebensmittelmarken bereits

¹ *Albert Hunold* (1953, S. 8) stellte dies - ganz im Sinne *Ludwig Erhards* - wie folgt richtig: „Es kommt dem wirklichen Sachverhalt jedenfalls viel näher, wenn von einer Wirtschaft ohne Wunder gesprochen wird, weil der offensichtliche Erfolg der Politik der Marktwirtschaft das folgerichtige Ergebnis der Entfesselung der individuellen Kräfte im Rahmen einer die Einzelinteressen auf das Gesamtinteresse ausrichtenden Wirtschaftsordnung ist“.

² Dieser Diskussionsbeitrag *Milton Friedmans* ist schriftlich nicht dokumentiert worden. Er wird hier aus dem Gedächtnis wiedergegeben.

³ *Ludwig Erhard* (1953, S. 142) klagte: „Schlimmer war schon, daß auch gute Freunde irre geworden sind und etwa sagten: 'Mit Deiner Wirtschaftspolitik schwimmen uns die (politischen) Felle davon'. Ich glaube dagegen, man mußte nur etwas Ruhe bewahren, und das hat sich dann auch ehrlich gelohnt“.

gedruckt waren, solange zuzuwarten, bis die Krise vorüber war, hat *Theodor Eschenburg* (1961, S. 94) *Erhards* „wissenschaftlich fundierten Wagemut“ genannt⁴.

Daß das Experiment der Sozialen Marktwirtschaft glückte, stärkte natürlich im damaligen Kampf der Systeme die Partei der Freiheit. Was war das Erfolgsgeheimnis der Sozialen Marktwirtschaft? *Kurt Rothschild* (1989, S. 636) sieht in der Sozialen Marktwirtschaft „eine zugkräftige Mischung, die eine Akzeptanz dieses Slogans in weiten Kreisen - links und rechts - ermöglichte“ und somit prinzipiellen Konsens erzeugen konnte. „Darin und nicht in irgendwelchen besonderen programmatischen Elementen“ sieht er „die Hauptwirkung der Sozialen Marktwirtschaft“ (1989, S. 637). Er stützt sich bei seiner Bewertung auf *Reinhard Blums* Monographie „Soziale Marktwirtschaft“ (1969) sowie auf dessen Artikel „Marktwirtschaft, soziale“ (1980) im *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*. *Blum* (1980, S. 154) charakterisiert - vornehmlich auf *Müller-Armack* fußend - die Soziale Marktwirtschaft als neuartige Synthese, die einen dritten Weg zwischen wirtschaftlichem Liberalismus und Sozialismus gehen wolle. *Rothschild* (1989, S. 636) gründet sein Urteil programmatischer Beliebigkeit auf ein Zitat *Müller-Armacks*, das er aus *Blums* Artikel übernimmt: „Soziale Marktwirtschaft als neuartige Synthese von Sicherheit und Freiheit soll mehr Sozialismus mit mehr Freiheit verbinden“. In der Fußnote bemerkt er dazu: „*Gorbatschow* würde das unterschreiben“. Das mag sein, aber *Alfred Müller-Armack* hat das gar nicht gesagt oder geschrieben⁵. Das Zitat lautet korrekt (*Müller-Armack* 1947/1974, S. 46): „Wir bedürfen einer neuartigen Synthese von Sicherheit und Freiheit, die uns, nach einem Worte von *Oliver Lyttelton*, befähigt, mehr Sozialismus mit mehr Freiheit zu verbinden. Dies dürfte jedoch nur auf dem Boden einer sozial gesteuerten Marktwirtschaft möglich sein“.

Müller-Armack (1950/1981, S. 559ff.) hat an anderer Stelle klargestellt, daß er mit „mehr Sozialismus“ nicht den Ersatz des Koordinationsprinzips Markt durch zentrale Planung meint, sondern soziales Engagement für und mit den Menschen. Auch *Wilhelm Röpke* (1979, S. 288ff.) und *Alexander Rüstow* (1949, S. 128ff.) machten sich Gedanken über einen *dritten Weg* „zwischen Kapitalismus und Kommunismus“. Aber immer ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gemeint, in der das Schicksal der Menschen nicht bloß dem Walten marktwirtschaftlicher Kräfte überlassen bleibt. Soziale Marktwirtschaft als Ausprägung einer marktwirtschaftlichen Ordnung - das kommt besonders deutlich in *Müller-Armacks* bekannter Definition zum Ausdruck (1956/1966, S. 245): „Soziale Marktwirtschaft kann als eine ordnungspolitische Idee definiert

⁴ Bei *Hans Willgerodt* (1989, S. 59) heißt es ähnlich: „Hinter der Tat *Ludwig Erhards* stand nicht atheoretisches Würfelspiel, sondern Wissen und Werten“.

⁵ Auch bei *Blum* (1980, S. 154) findet sich es nicht in dieser Form.

werden, deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden“. *Otto Schlecht* (1991, S. 215) hat die Formel geprägt, die die Diskussion um einen *dritten Weg* zum Abschluß bringt: „Die Soziale Marktwirtschaft ist der ‘Dritte Weg’“.

An der Erarbeitung der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft waren überwiegend Wirtschaftswissenschaftler beteiligt. Sie kamen aus verschiedenen Fachrichtungen, hatten unterschiedliche Erfahrungshorizonte und neigten verschiedenen philosophischen Strömungen zu. *Helmut Paul Becker* hat in einer gut belegten Studie (1965, S. 43ff.) drei verschiedene Gruppen identifiziert: Die Freiburger Schule, den soziologischen Neoliberalismus und den extremen Flügel. Zur Freiburger Schule rechnet er - neben *Walter Eucken* und *Franz Böhm - Constantin von Dietze*, *Hans Gestrich*, *Karl Friedrich Maier*, *Fritz W. Meyer*, *Leonhard Miksch* und *K. Paul Hensel*. Zum soziologischen Neoliberalismus zählt er *Alfred Müller-Armack*, *Wilhelm Röpke* und *Alexander Rüstow*. Als Vertreter des extremen Flügels nennt er *F.A. von Hayek*, *Carlo Mötteli* und *Ludwig von Mises*. *Ludwig Erhard* nimmt für *Becker* (1965, S. 45) eine gewisse Sonderstellung zwischen Freiburger Schule und soziologischem Neoliberalismus ein: Er habe zwar teilweise gesellschaftspolitische Forderungen insbesondere von *Müller-Armack* und *Rüstow* übernommen, andererseits sich selbst zu den Ordoliberalen gezählt (*Erhard* 1962, S. 592). Die gesellschaftspolitische Komponente *Erhards* liegt, wie *Karl Hohmann* betont (1988, S. 17), in der Denkrichtung seines von ihm verehrten akademischen Lehrers und Doktorvaters, des „liberalen Sozialisten“ *Franz Oppenheimer*, begründet⁶. Eine gezielte Lektüre der Hauptschriften *Ludwig Erhards* vermittelt freilich den Eindruck, daß seine ordnungspolitische Haltung eher *Eucken* als *Müller-Armack* zuneigt.

Für *Müller-Armack* geht die theoretische Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft mit der Feststellung, daß neben dem Marktgeschehen Gesellschaft und Staat als nicht wegzudenkende Realitäten stehen, über die Auffassung des Neoliberalismus hinaus⁷. Doch ist zu fragen, ob die Unterschiede - zumal nach 50 Jahren realisierter und erfahrener „Sozialer Marktwirtschaft“ - zum Neoliberalismus heute wirklich noch so deutlich sind, um von unterschiedlichen Konzeptionen sprechen zu können. So fällt es *Gernot Gutmann* (1982, S. 85) „als *Eucken-Enkel*“ schwer, tiefe Grä-

⁶ In diesem Sinne auch *Horst Wunsche* (1986, S. 67): „Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß Erhard den Sozialismus keineswegs weniger abgelehnt hat als den ‘ökonomischen Liberalismus’. Seine Position war die des ‘sozialen Liberalismus’ - weder Sozialismus noch Liberalismus -, eine Position, die darin jener des ‘liberalen Sozialismus’ *Oppenheimers* - weder Liberalismus noch Sozialismus - völlig entsprach“.

⁷ Zum Unterschied von *Müller-Armacks* Konzeption und Neoliberalismus vgl. auch *Joachim Starbatty* (1982, S. 15-18). - In einer umfassenden, methodologisch orientierten und philosophische Aspekte umschließenden Monographie hat *Manfred Wulff* (1976, passim) zwischen einem individualistischen und einem dialektischen Neoliberalismus unterschieden, wobei er *Eucken* dem individualistischen, *Müller-Armack* dem dialektischen zurechnete.

ben zwischen Neoliberalen und den Vertretern der Sozialen Marktwirtschaft zu sehen. In der Tat haben sich die Positionen aufeinander zubewegt. Die „Enkel“ und „Urenkel“ von *Walter Eucken* bedienen sich der Formel *Soziale Marktwirtschaft*, und Diskussionen zwischen Vertretern der jeweiligen „Schulen“ werden eher durch persönliche Einstellungen als durch schulmäßig bedingte, gewissermaßen strukturelle Differenzen bestimmt. Daher werden im folgenden die wissenschaftlichen Vertreter, die sich den Konzepten *Müller-Armacks*, *Erhards*, *Rüstows*, *Röpkes* oder *Euckens* verpflichtet fühlen, verkürzend als *Ordoliberaler* bezeichnet. Bei ordnungspolitischen Diskussionen fällt heute eine Unterscheidung zwischen folgenden Richtungen auf: Die eine Richtung fühlt sich der *von Hayekschen* Position - der *adjektivlosen* Marktwirtschaft - verpflichtet, die andere der *Euckenschen* sowie *Müller-Armackschen* Position - der *Sozialen* Marktwirtschaft. *Edith Eucken-Erdsiek* hat anlässlich einer solchen Diskussion in Richtung einiger Diskutanten einmal bemerkt: „Ihr seid ja alle ‘verhayekt’“.

b. Menschenbild

Die Trennlinie zwischen beiden Auffassungen liegt in einem unterschiedlichen Menschenbild begründet. *Elisabeth Noelle-Neumann* hat bei ihren Untersuchungen zur öffentlichen Meinung von „unserer sozialen Haut“ gesprochen. Sie geht dabei von der doppelten Natur des Menschen aus: „Seiner individuellen ist er sich bewußt, seiner sozialen Natur ist er sich kaum oder gar nicht bewußt“ (1996, S. V). Wir hätten das Wissen von unserer sozialen Natur so sehr verdrängt, daß neue Forschungsmethoden entwickelt worden seien, um uns ihrer bewußt zu werden (1996, S. VI). Auch *Gernot Gutmann* (1990, S. 175ff.) geht in seiner Analyse der anthropologischen Überzeugungen, auf denen marktwirtschaftliche Konzepte fußen, von der doppelten Natur des Menschen aus. Er stellt die Überzeugungen *Müller-Armacks*, *Röpkes* und *Rüstows*, die die Sozialnatur des Menschen betonten, denen *F.A. von Hayeks* und gleichgesinnter Neoliberaler gegenüber, die individualistisch, an der sittlichen Autonomie und somit an einer „atomistischen“ Gesellschaftsauffassung orientiert seien. Daher sind sozialphilosophische Arbeiten *von Hayeks* vornehmlich an der Freiheit des Individuums orientiert, weniger an den Elementen, die eine Gesellschaft zusammenhalten und als solche überleben lassen. Den damit zusammenhängenden Fragen weiter nachzugehen, wäre eine höchst lohnende Aufgabe. So stellt *Elisabeth Noelle-Neumann* in Übereinstimmung mit dem Sozialpsychologen *Thomas J. Scheff* (1990) fest, daß wir uns eigentlich erst am Anfang der Forschungsreise befänden.

Womöglich - das wäre aber ein eigenes Thema - müßte für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung in ihrer derzeit vorherrschenden formal-mathematischen Ausrichtung gelten, daß eine Umkehr auf diesem Wege ein Fortschritt wäre. Zugleich könnte sich herausstellen, daß die anthropologisch geprägten Arbeiten besonders von *Röpke*, *Rüstow* und *Müller-Armack* höchst modern wären. So stellt *Hans-Günther Krüsselberg* (1994, S. 40-44) in einer sorgfältigen Analyse der anthropologischen Überlegungen *Müller-Armacks* fest: „Meines Erachtens ist bis heute kaum ausreichend erkannt und anerkannt worden, welche Variante von Wirtschaftstheorie *Müller-Armack* damit schuf: eine theoretische Ordnungskonzeption, deren Mehrdimensionalität der Mehrdimensionalität des Menschen entspricht und sich deshalb explizit auf Bemühungen um eine Synthese verpflichtet“. Im Anschluß daran entwickelt *Krüsselberg* Überlegungen zum „Humanvermögen als Ordnungsbegriff“ (1994, S. 49ff.), worunter er - über die erwerbswirtschaftliche Komponente hinausgehend - die Fähigkeit von Menschen versteht, produktiv auf ökonomische, persönliche, gesellschaftliche und politische Problemsituationen antworten zu können. Er sieht damit die Familie als „die Institution, in der die Bildung und Erhaltung von Humanvermögen erfolgt“ (1994, S. 49).

c. Abgrenzung zum klassischen Liberalismus

Auch nach *Wolf Schäfer* (1995, S. 136f.) lassen sich marktwirtschaftliche Konzeptionsentwürfe im Kern auf unterschiedliche anthropologische und ethische Vorstellungen zurückführen. Er unterscheidet zwischen der altliberalen Konzeption, wie sie vor allem von *Adam Smith* und in Modifikationen von *David Hume* und *John Stuart Mill* vertreten wurde (Egozentriertheit der Präferenzen), und der neoliberalen Konzeption, die sich hauptsächlich mit den Namen *Eucken*, *Röpke*, *Rüstow*, *Böhm*, von *Hayek* und *Müller-Armack* verbinde. Mit dieser Unterscheidung scheint *Schäfer* an *Rüstows* Analyse des klassischen Liberalismus anzuknüpfen, der zwischen Paläoliberalismus und Neoliberalismus trennte und mit dem Paläoliberalismus scharf ins Gericht ging (1961, S. 60ff.). Doch dann wird deutlich, daß auch *Schäfer* (1995, S. 140, S. 144f.) innerhalb der neoliberalen Konzeption zwischen Individual- und Sozialkonzept unterscheidet. Insofern löst er sich von der zeitgebundenen Zuordnung. Ferner führt uns eine genauere Lektüre der Schriften der englischen Klassiker zu der Erkenntnis, daß ihnen die doppelte Natur des Menschen keineswegs unbekannt war. *Adam Smith* hat uns mit ihr in seiner „Theory of Moral Sentiments“ (1759) bekannt gemacht: Eigeninteresse und Sympathie mit dem Mitmenschen. Im „Wealth of Nations“ (1776) hat sich *Smith* vornehmlich auf das Eigeninteresse konzentriert, um die Tauschvorgänge am Markt und die sich dabei ergebenden Werte analysieren zu können. *John St. Mill* (1848) hat

sich zeitlebens um eine Ökonomie bemüht, die die Argumentationsfigur des *homo oeconomicus* hinter sich läßt. Sein starkes soziales Engagement kommt vor allem in den Passagen zum Ausdruck (vgl. hierzu auch *Erich Streißler* 1973, S. 1423f.), wo er über Erbschaftsgesetze, Besserung der Lage der irischen Landbevölkerung mittels Kooperative und Geburtenregelung über höhere Bildung nachdenkt. Aus dieser Perspektive müßten die Vertreter, die wir den jeweiligen anthropologischen Schulen zuordnen wollen, neu „geschüttelt“ werden. Auf jeden Fall gilt, daß eine Zuordnung von Altliberalismus und Individualkonzept sowie Neoliberalismus und Sozialkonzept den tatsächlichen Sachverhalt unzutreffend wiedergibt.

Es wäre ebenfalls mißverständlich, wie *Christian Watrin* herausarbeitet (1979, S. 83), „die Klassiker des Wirtschaftsliberalismus, wie die spätere Kritik des sogenannten Laissez-Faire-Liberalismus glauben machen will, als Vertreter anarchistischer Positionen abzustempeln. Ihre Vorstellungen von der Wirtschaftsfreiheit setzen eine gerechte Gesetzgebung und eine funktionsfähige Verwaltung voraus“. Abstrahiert man von den zeitbedingten Auffassungen der Klassiker (Annahme vom abnehmenden Grenzertrag in der landwirtschaftlichen Produktion) in der sozialen Frage und berücksichtigt man, daß intensive Forschung unser Wissen über Ursachen von Konjunkturschwankungen bereichert hat, dann reduziert sich die Differenz zwischen „alt-“ und „neoliberalen“ Konzepten auf den Stellenwert der Ordnungspolitik (*Starbatty* 1994, S. 242ff.): *Eucken*, aber auch *Müller-Armack*, *Rüstow* und *Röpke* setzen auf einen starken Staat, der die Rahmenbedingungen für die Soziale Marktwirtschaft schafft, während die Klassiker eher darauf vertrauten, daß aus den Interaktionen am eigenen Nutzen interessierter und entsprechend handelnder Menschen eine für die Gesellschaft als solche akzeptable Ordnung erwächst⁸. Vielleicht hätten aber die englischen Klassiker stärkeres Vertrauen in den Staat gesetzt, wenn sie unsere durch Wahl legitimierten und entsprechend verantwortungsbewußt handelnden Regierungen hätten kennenlernen können.

d. Theoretische Grundlegung

Der Zusammenbruch des Sozialismus im früheren Ostblock hat dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Aktualität und Attraktivität verschafft. *Müller-Armack* selbst hat das Konzept als einem „der Ausgestaltung harrender progressiver Stilgedanken“ bezeichnet, der sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in der übrigen Welt aufnötige (1966, S. 12). Für die heutigen Trans-

⁸ Zu dieser Position der Klassiker und auch *F.A. von Hayeks* vgl. kritisch *Hans Willgerodt* (1973, S. 1436f. und 1989, S. 52).

formations-staaten ist das Konzept attraktiv, weil es wegen der Effizienzvermutung Wohlstand verspreche, dabei aber dem Verlangen nach sozialer Sicherheit Rechnung trage. Das Konzept wirkt nun zugleich anziehend auf Persönlichkeiten und politische Parteien, die sich bei uns bisher ablehnend - zumindest aber reserviert - gegenüber der „sogenannten Sozialen Marktwirtschaft“ verhielten⁹. *Hermann Rappe* (1995, S. 152) sieht „aus gewerkschaftlicher Sicht gute Chancen im Ausbau der sozialen Marktwirtschaft als gesellschaftlicher Grundlage unseres Landes, aber auch als Modell für die europäische Entwicklung“. Gelegentlich könnte man sogar den Eindruck gewinnen, als ob sich Sozialdemokraten und Gewerkschaften als die Hüter der wahren Sozialen Marktwirtschaft verstünden¹⁰.

Genau diese Attraktivität macht die Soziale Marktwirtschaft in den Augen derer verdächtig, die bei ihren ordnungspolitischen Überlegungen vorwiegend auf das Individuum abheben. So fragt sich *Anthony de Jasay* (1993, S. 9), ob die Soziale Marktwirtschaft nicht bloß ein Sozialismus in anderer Form wäre? *Franz Böhm* hätte dagegen das stärkere Interesse von Sozialdemokraten am Konzept der Sozialen Marktwirtschaft begrüßt (1953/1981, S. 438): „Marktwirtschaft von links kontra Marktwirtschaft von rechts - das wäre noch lange nicht das Schlechteste, was sich in unserem Land ereignen könnte“. Wie man die gestiegene Attraktivität beurteilt, hängt letztlich von der Beantwortung der Frage ab, ob das Adjektiv „sozial“, wie *F.A. von Hayek* (1957, S. 71ff.) vermutet, als Einfallstor für antiliberale Tendenzen dienen kann. Dies wird in Abschnitt II behandelt.

Auch die Frage nach der adäquaten politischen Umsetzung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft ist noch nicht befriedigend beantwortet. Nach *Knut Borchardt* (1981, S. 47) bedarf die Soziale Marktwirtschaft einer *Theorie des institutionellen Wandels*, da deren Vertreter - auf Grund ihres Staatsverständnisses und in Verallgemeinerung der höchst speziellen Situation 1948/53 - keine Notwendigkeit empfunden hätten, sich den Fragen der Herbeiführung und der politischen Sicherung von vorzugswürdigen Ordnungen genauer zuzuwenden. Die Frage nach der politischen Sicherung vorzugswürdiger Konzeptionen wollen wir in Abschnitt III behandeln; jetzt geht es um die theoretische Fundierung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft selbst.

Die theoretische Konzeption *Müller-Armacks* beruht grundlegend auf den Überlegungen des klassischen Liberalismus zur Funktion von Märkten und Preisen zur Abstimmung von Angebot

⁹ Vgl. hierzu die Belege bei *Reinhold Biskup* (1995, S. 52ff.).

¹⁰ So beklagt sich *Hermann Rappe* (1995, S. 153), „daß genau zu diesem Zeitpunkt, wo die Gewerkschaften und zunehmend auch die gesamte Sozialdemokratie sich auf die Soziale Marktwirtschaft hinbewegen, zur anderen Tür die reinen Marktwirtschaftler hereinkommen, um den Trend umzukehren“.

und Nachfrage: die Marktwirtschaft als variabler Rechnungs- und Signalapparat (1946/1966, S. 114). Sie wird um dynamische Elemente ergänzt, die *Müller-Armack Wicksell* und *Schumpeter* entnimmt, um die wirtschaftliche Entwicklung steuern zu können (vgl. hierzu *Starbatty* 1982, S. 16f.). *Borchardts* Kritik richtet sich hauptsächlich gegen *Euckens* theoretische Grundlegung, die dem neoklassischen Analysestil verpflichtet sei (1981, S. 42f.). Als Daten werde behandelt, was in Wirklichkeit endogene Variable seien. Gewichtig auch *Borchardts* Hinweis (1981, S. 47), daß sich *Euckens* theoretische Konzeption einer Ausweitung in Richtung Theorie des institutionellen Wandels sperre, weil sich *Eucken* der komparativ statischen Analyse bediene und wichtige Phänomene in den „Datenkranz“ ausgrenze. *Borchardts* Kritik trifft wohl die in den Lehrbüchern kanonisierte Neoklassik, die wirtschaftliche Entscheidungen zu Kurvenverschiebungen kondensiert, doch kann bei der analytischen Aufarbeitung von Marktprozessen auf die Neoklassik nicht verzichtet werden (*Willgerodt* 1989, S. 58). Es ist auch richtig - aber das müßte noch genauer eruiert werden -, daß *Eucken* in der neoklassischen Tradition stand; doch niemand, der sich in *Euckens* „Grundlagen der Nationalökonomie“ vertieft, wird annehmen, ein neoklassisches Lehrbuch vor sich zu haben. Hier wird genau das thematisiert - und zwar auch aus Kenntnis empirischer Tatbestände heraus -, was *Borchardt* in der neoklassischen Orthodoxie vermißt. Insofern greift auch *Borchardts* Kritik (1981, S. 42ff.) nicht bezüglich *Euckens* Aussagen zu Markt- und Staatsversagen (so auch *Willgerodt* 1989, S. 58).

Wesentlicher ist womöglich *Borchardts* Kritik an *Euckens* Unterscheidung zwischen Marktdaten und Marktvariablen. Unterscheidung bedeutet nicht Ausgrenzung. Für *Walter Eucken* (1952/1995, S. 377f.) ist folgende Frage wichtig: Was sieht der Unternehmer in einer bestimmten Situation als von seiner jeweiligen Entscheidung abhängig an (Variable) und was sieht er ihr als vorgegeben an (Daten). So betrachtet er bei Investitionsentscheidungen ein bestimmtes Steuer- und Sozialsystem als gegeben. Wenn die daraus resultierenden Entscheidungen als nachteilig für die heimische Volkswirtschaft angesehen werden, dann sollten nicht Investoren gegängelt oder Abwanderung administrativ unterbunden werden, sondern die Störquellen im Datenkranz sollten zum politischen Problem erhoben werden (vgl. *Eucken* 1940/1965, S. 143ff und 156ff.). Das erscheint so selbstverständlich, daß es eigentlich überflüssig wäre, es eigens herauszustellen. Aber ganz so selbstverständlich scheint es nicht zu sein. Ein aktuelles Beispiel: Es werden zu wenig Lehrstellen angeboten; die Politik versucht über Seelenmassage bis hin zu verhülltem Druck Unternehmer zu einer Revision von Entscheidungen zu bewegen, anstatt im institutionellen Vorfeld dafür zu sorgen, daß Unternehmer die Einrichtung von Lehrstellen als betrieblich attraktiv ansehen.

II. Das Adjektiv „sozial“ - Einfallstor für antiliberale Tendenzen?

a. „Soziale“ versus „adjektivlose“ Marktwirtschaft

F.A. von Hayeks altes Unbehagen über den Gebrauch des Wortes „sozial“ schlug in offene Gegnerschaft um, als nicht nur seine Freunde in Deutschland den Begriff der Marktwirtschaft als „Soziale Marktwirtschaft“ qualifizierten, sondern sogar das Grundgesetz an die Stelle des klaren Begriffs „Rechtsstaat“ den neuen und nebelhaften des „sozialen Rechtsstaates“ gesetzt hat (1957, S. 72). Inzwischen ist sogar im allgemeinen Sprachgebrauch - sogar bei hochqualifizierten Staatsrechtlern - der Wortbestandteil „Rechts-“ entfallen: Man spricht allgemein bloß noch vom Sozialstaat¹¹. *F.A. von Hayek* vermutete (1957, S. 73), dies werde der künftigen Rechtsprechung harte Nüsse zu knacken geben. Dieses Mal irrte *von Hayek*: Die Gerichte haben ihre Interpretationskunst in der Regel zur Ausweitung von Leistungstatbeständen genutzt - mit der Konsequenz, daß der Rechtsgrundsatz der Gleichbehandlung (ohne Ansehen von Person, Geschlecht oder Rasse) zulasten von solchen Minderheiten verletzt wird, die sich außerhalb sozialer Schutzrechte befinden und keine oder nur unter großen Mühen Gelegenheiten finden, ebenfalls in den Genuß von Schutzrechten zu kommen. In der Literatur ist die Umwandlung von Sozialer Marktwirtschaft in den umsorgenden und betreuenden Wohlfahrtsstaat und dessen unsoziale Folgen scharf kritisiert worden¹². Die wohlfahrtsstaatlich geschwächte Dynamik läßt gerade die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft im Stich, weil der produzierenden Wirtschaft zu wenig Mittel bleiben, um arbeitslos gewordene Bürger wieder zu Lohn und Brot und - vielleicht noch wichtiger - zu Selbstwertgefühl zu verhelfen. Durch Überleitung von Mitteln aus der Produktion in den umverteilen-

¹¹ Als ein Beispiel für viele sei *Karl Heinrich Friauf* zitiert (1996, S. 63): „Wenn ein Jurist sich heute der Aufgabe unterzieht, einige Überlegungen über den Sozialstaat des Grundgesetzes vorzutragen, dann sind zwei Vorbemerkungen notwendig“. Doch ist sich *Friauf* bewußt (1992, S. 51f.), daß sich das Sozialstaatsprinzip als Topos der verfassungsrechtlichen und zumal der verfassungspolitischen Diskussion seit langem von seinen verfassungsnormativen Wurzeln emanzipiert hat: „Die Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes (Art. 20 und 28 GG) haben den Rechtsstaat, den Bundesstaat und die Republik jeweils ausdrücklich in substantivischer Form verankert. Vom ‘Sozialstaat’ ist in diesem Zusammenhang dagegen nicht die Rede; der Begriff taucht weder bei den Staatszielbestimmungen noch sonst im Text des Grundgesetzes auf. Vielmehr wird er lediglich indirekt in adjektivischer Form eingeführt (Art. 20 I GG: ‘sozialer Bundesstaat’; Art. 28 I GG: ‘sozialer Rechtsstaat’). Die zweimalige lediglich adjektivische Verwendung des Begriffs ‘sozial’ (nicht etwa: ‘sozialstaatlich’!) erscheint wohl überlegt. Das Grundgesetz hat nicht einen Sozialstaat, schon gar nicht einen sog. Wohlfahrtsstaat als Gegenpol und potentiellen Überwinder des Rechtsstaats gewollt. Vielmehr hat es sich für eine primär und auf Dauer angelegte rechtsstaatliche Ordnung entschieden, der allerdings mit gutem Grund soziale Verpflichtungen im Interesse der Schwächeren auferlegt werden“.

¹² Zu den wesentlichen Publikationen auf diesem Felde gehören: *Bernhard Külp* und *Heinz-Dieter Haas* (1977), *Renate Merklein* (1980), *Peter Koslowski*, *Philipp Kreuzer* und *Reinhard Löw* (1983), *Günter Schmolders* (1983), *Walter Kannengießer* (1988), *Roland Vaubel* (1990), *Alfred Boss* (1993) und *Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.* Bonn (1994).

den Sektor (Staat) werden aber nicht nur die volks-wirtschaftliche Dynamik, sondern auch das individuelle Leistungsstreben geschwächt: „Wo ohne Leistung etwas gewonnen werden kann, mindert sich die Motivation, für andere tätig zu werden“ (*Horst Wünsche* 1993, S. 47).

Ist nun diese negative Entwicklung im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft angelegt? Oder ist es die fatale Konsequenz des politischen Wettbewerbs, der die Politiker belohnt, die mehr versprechen und freigiebiger als ihre Konkurrenten mit anderer Leute Geld (Steuern) umgehen. Für *Egon Tuchtfeldt* (1973, S. 164) liegt Politikversagen vor¹³; der „Stilverfall“ der Sozialen Marktwirtschaft beginnt für ihn mit dem Ausscheiden Erhards und Müller-Armacks aus dem Wirtschaftsministerium; es sei ein konzeptionelles Vakuum entstanden, „in welchem sich bald und immer stärker der Kampf der organisierten Gruppen breitmachte“ (1973, S. 164). Von einer systematischen Fehlentwicklung sprechen Wissenschaftler und Politiker, deren Menschenbild vom Individuumkonzept geprägt ist und die sich *F.A. von Hayek* verbunden fühlen. In neuerer Zeit plädieren vermehrt Wissenschaftler für die *adjektivlose* Marktwirtschaft (*Anthony de Jasay*, 1993), die sich an *Murray N. Rothbard* und an dessen anarcho-liberalem Konzept orientieren. Deren Überlegungen und Kritik zu Wohlfahrtsstaat, Sozialer Marktwirtschaft und Ablehnung staatlicher Tätigkeit überhaupt ist jüngst in einer Aufsatzsammlung vorgelegt worden (*Roland Baader* 1995). Die Fehlentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft - entweder dem Konzept immanent oder durch falsche politische Weichenstellung herbeigeführt - und die fundamentale Kritik am Konzept selbst lassen es angezeigt erscheinen, die Literatur daraufhin zu prüfen, wo im Adjektiv *sozial* das antiliberale Einfallstor vermutet werden kann.

b. Ebenen der Sozialität

Zunächst wird herausgearbeitet, wo Gemeinsamkeiten liegen. Soziale Leistungen, wie offen sie auch definiert sein mögen, werden von den Anhängern der adjektivlosen Marktwirtschaft keineswegs abgelehnt oder gar geleugnet. Sie vertrauen der *unsichtbaren Hand*, die individuelle Aktionen in soziale Ergebnisse wandelt. Auch *Willgerodt* spricht von der „gesellschaftlichen Aneignung privater Leistungserfolge als Grundelement der wettbewerblichen Marktwirtschaft“ (1975, S. 687ff.). Ihre Skepsis und Ablehnung richtet sich gegen den Staat, wenn er zur Produktion so-

¹³ Die gleiche Auffassung vertritt *Rolf Hasse* (1996) „Die Sozialpolitik hat schrittweise, aber sehr konsequent das Selbsthilfe- und Versicherungsprinzip durch das Versorgungs- und Fürsorgeprinzip verdrängt. Die Folgen sind nicht nur die Schaffung von Nachfrage nach sozialen Leistungen und der Anstieg der sozialen Aufwendungen, sondern auch eine Ausdehnung der Zwangsabgabensysteme. Diese Ausrichtung hat Verhaltensweisen deformiert. Die wachsende Anspruchsmentalität der Empfänger provoziert den Widerstand und die -teils legale, teils illegale - Flucht der Nettozahler aus den Zwangssystemen.“

zialer Leistungen beitragen oder sogar selbst soziale Leistungen produzieren will. Wir können drei Ebenen der Sozialität unterscheiden: Soziale Ergebnisse als Konsequenz des Wirkens der *unsichtbaren Hand*, soziale Ergebnisse als Konsequenz *bewußter Ordnungspolitik* und soziale Ergebnisse als Konsequenz *staatlicher Umverteilung*.

Soziale Ergebnisse der unsichtbaren Hand

Allgemeine Erkenntnis ist: Erstens - Preise als Informationsträger und damit als Basis für effiziente Produktion, das bereits ist sozial; zweitens - das gewaltenteilende Prinzip der Marktwirtschaft, also Machtbegrenzung; drittens - das moralische Element der Marktwirtschaft. Preise als Belohnungen für ein Tun oder eine Leistung anzusehen, ist nicht falsch, aber die Fixierung darauf führt in die falsche ordnungspolitische Richtung. Preise sind in erster Linie Anreize für zukünftiges Tun; sie sind Informationen für alle, die sich am Wirtschaftsprozeß beteiligen: Sie spiegeln die Qualität in der Vergangenheit liegender Entscheidungen, aber auch aktuelle Präferenzen wider und geben damit Auskunft über das, was zukünftig an Tätigkeiten wahrscheinlich lohnend ist. Preise bilden sich nur, wenn Wirtschaftssubjekte dezentral entscheiden und die Ergebnisse dieser Entscheidungen über Märkte koordiniert werden. Märkte sind Versammlungen von Menschen, die etwas anzubieten haben - Ideen, Dienstleistungen oder Waren - an zentralen oder günstig gelegenen Orten und zu Zeiten, die sich für alle als vorteilhaft oder annehmbar herauskristallisiert haben. Auf Märkten kommen Menschen zusammen, um Transaktionskosten zu sparen und um sich Informationen zu verschaffen über das, was da ist. Man geht über den Markt, sieht, was angeboten wird, vergleicht, kann abwandern und verschafft sich so Markttransparenz. Wettbewerb auf den Märkten erzwingt auch Effizienz. Diejenigen, die mit den Preisen nicht hinkommen, müssen ihre Kosten reduzieren; andere, die mit ihrem Einkommen nicht hinkommen, müssen versuchen, etwas anderes zu finden. „Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ - so lautet *F.A. von Hayeks* glückliche Formulierung (1969, S. 249).

Wenn Konsumenten über den Markt gehen und zwischen den Produkten verschiedener Anbieter auswählen können, können sie abwandern. Wenn sie sich nur einem gegenüber sähen, müßten sie womöglich überhöhte Preise zahlen. Wenn umgekehrt viele Anbieter es mit nur einem Nachfrager zu tun hätten, müßten sie auf dessen Preisvorstellungen eingehen. Kommt ein zweiter, ein dritter Nachfrager hinzu, können sie auswählen. Das heißt, die Wandermöglichkeit schränkt die Macht der jeweils anderen Marktseite ein: der Markt als gewaltenteilendes Prinzip. Ganz konkret: Die DDR ist in sich zusammengefallen, als die Menschen Wandermöglichkeiten hatten, als die Ungarn den Draht durchschnitten und die Leute durch den Zaun gehen konnten. Da war die

DDR ausgehöhlt und zum Zerfall verurteilt. Das ist beim Fall der Mauer symbolhaft deutlich geworden. Wir wissen, wie lange die Menschen darauf gewartet haben. Wenn die Menschen Abwanderungsmöglichkeiten haben, können sie nicht mehr ausgebeutet werden. Es ist genau umgekehrt, wie Marx postuliert hat: Nur funktionierende Märkte schützen wirksam gegen Ausbeutung.

Die Konsumenten vergleichen auf Märkten Produkte und Qualitäten. Wenn sie an einem Stand betrogen worden sind, dann werden sie nicht mehr zu diesem Stand zurückkehren. Das heißt, die Möglichkeit der Abwanderung zwingt den einzelnen Produzenten dazu, ein Gut anzubieten und so anzupreisen, daß er den anderen nicht betrügt. Denn wenn er betrügt und der andere es merkt, wird dieser abwandern; dann wird derjenige, der betrogen hat, Stand und Geschäft auf dem Markt verlieren. Das heißt, auf Märkten ist verlässliches Verhalten, also eine gute Produktionsmoral, auch für die Anbieter vorteilhaft, weil sie so Nachfrager anziehen und zu ihren Kunden machen können. Sie werden zu ordentlicher Produktion geradezu gezwungen. Also ist der Markt eine Institution, die Moral produziert, nicht, weil die Menschen von sich aus einen Hang zur Anständigkeit hätten - das mag sein, aber das ist eine unsichere Hypothese -, sondern weil der Markt unmoralisches Verhalten durch Abwanderung bestraft.

Soziale Ergebnisse durch Ordnungspolitik

Geldwertstabilität ist für Ordoliberalen das *Ergebnis einer ordnungspolitischen Vorkehrung* - Ausgliederung der Geldproduktion auf eine unabhängige Notenbank. Sie erwarten, daß Länder mit unabhängiger Notenbank bessere Ergebnisse erzielen als Länder mit abhängiger Notenbank. Die Erklärung dafür lautet: Unabhängige Notenbanken sind nicht abhängig von Wahlterminen; sie sind keinem unmittelbaren politischen Druck ausgesetzt. Politiker starren auf Wahltermine. Sie wollen in der Regel für die Bevölkerung Gutes tun, insbesondere vor entscheidenden Wahlterminen. Und dann nehmen sie, wenn sie können, die Notenpresse dazu in Anspruch, bestechen also die Wähler über Geldvermehrung. Daher ist eine unabhängige Notenbank eine notwendige ordnungspolitische Voraussetzung für Geldwertstabilität.

Aber das ist noch nicht ausreichend. Auch eine unabhängige Notenbank - so *Walter Eucken* (1952/1995, S. 257) - kann Fehler machen, wenn ihre Politik auf einer falschen theoretischen Basis beruht und wenn sie den Einflüsterungen mächtiger Gruppen nachgibt. Das kann nie ausgeschlossen werden. Also braucht auch die Notenbank Regeln. Die Bundesbank hält sich weitgehend an die geldpolitische Regel, die wir *Milton Friedman* verdanken. Aber viele Monetaristen

sind weiter der Auffassung, daß eine Regel allein zu wenig sei. Wenn sie verletzt werde, gebe es keine Möglichkeit, diejenigen, die gegen die Regel verstoßen hätten, zur Rechenschaft zu ziehen. Daher müßten Sanktionen für diejenigen gelten, die die Regeln verletzten. Wenn im Rahmen einer Marktwirtschaft Sanktionen fehlen, dann bleibt noch die Möglichkeit, daß die Geldhalter zu anderen Notenbanken abwandern können. Auf die Abwanderungsmöglichkeit hat besonders *F.A. von Hayek* gesetzt und deswegen in *Entnationalisierung des Geldes* (1977) auf die konkurrierende Geldproduktion privater Banken gesetzt. Dieser Vorschlag ist intensiv - meist scharf ablehnend - diskutiert worden (vgl. hierzu *Gerding/Starbatty* 1980; ferner *Derix* 1985); er wurde - mit wenig Erfolg - von der britischen Regierung als Parallelwährungskonzept in die Verhandlungen um die Europäische Notenbankverfassung eingebracht (vgl. *Leigh-Pemberton*, 1990).

Der *Freiburger Imperativ* setzt ferner auf eine *staatlich gesicherte Wettbewerbsordnung*. *Erhard* (1953, S. 134) plädierte zunächst einmal uneingeschränkt für offene Märkte als Voraussetzung für Wohlfahrtsgewinne und Machtkontrolle. Dies entspricht auch der *von Hayek*schen Position. Bezüglich der Wettbewerbsgesetzgebung selbst hielt *von Hayek* nur einen Satz für wichtig (vgl. hierzu *Streibler* 1973, S. 1425): Alle Verträge, die gegen den Wettbewerb verstoßen, sind nichtig! Daraus kann also nicht geklagt werden. Demgegenüber plädieren Ordoliberaler für eine staatliche Instanz, die dafür sorgt, daß Wettbewerb herrscht und erhalten bleibt: Wettbewerb als staatliche Veranstaltung (*Leonhard Miksch*)¹⁴. Und daher der Ansatz, ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zu schaffen, das durch institutionelle Vorkehrungen Wettbewerb sichert. Hier geht das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft über von Hayek hinaus.

Ein drittes ordnungspolitisches Element: Schaffung der institutionellen Voraussetzungen für *sozialen Konsens* in Betrieben. Die Interessen der Belegschaft können von denen der Unternehmensführung abweichen, obwohl in der Regel die Interessenlage so unterschiedlich gar nicht ist. Alle haben schließlich ein Interesse an der Rentabilität und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Aber es kann doch zeitweilig Divergenzen geben; es ist wichtig, diese Divergenzen produktiv aufzulösen. Das Betriebsverfassungsgesetz kann als eine Institution eingeschätzt werden, um Unternehmensführungen und Belegschaften auf gemeinsame Ziele zu verpflichten, sie gegenseitig erkennen zu lassen, wo das gemeinsame Interesse liegt (vgl. hierzu *Böhm*, 1980, S. 315-505; *Leminsky*, 1979, S. 115-134.)

¹⁴ Die Stelle, auf die sich diese Charakterisierung stützt, lautet wie folgt (*Miksch* 1947/1981, S. 178): „Die Wettbewerbspolitik des Staates, deren Bedeutung die Klassiker nicht oder nicht genügend erkannt haben, rückt in den Mittelpunkt, aus der 'Naturordnung' wird eine staatliche Veranstaltung“.

Soziale Ergebnisse durch Umverteilung

Der eigentliche Streit geht um die dritte Komponente, nämlich um die bewußte Produktion sozialer Leistungen durch den Staat über Umverteilung. Es geht also um die Frage und die Dimension sozialer Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit ist eine Formel, die viele verwenden, ohne sich über deren konkrete Bedeutung im klaren zu sein. Auch wenn Ordoliberales darunter keineswegs verteilungspolitische Beliebigkeit meinen, so steht sie doch im politischen und wissenschaftlichen Streit:

c. Dimensionen sozialer Gerechtigkeit

Kaum eine politische Rede oder Debatte, die ohne den Begriff soziale Gerechtigkeit auskommt. Es ist ein vorrangiges, wenn nicht das vorrangige Ziel aller politischen Parteien. *Gäfigen* (1990, S. 30f.) zeigt, daß der Begriff weitgehend inhaltsleer ist¹⁵, zugleich aber positiv wertend verwendet wird. Wer ausdrücklich das Ziel *soziale Gerechtigkeit* auf seine politischen Fahnen schreibt, meint offensichtlich, daß die interpersonale Verteilung des Wohlstands ungerecht ist. „Daß auf diesem Gebiet der Begriff des Sozialen nur zu häufig ein Deckmäntelchen für den Neid geworden ist...“, ist für *F.A. von Hayek* (1957, S. 81f.) eine der schlimmsten Folgen, die wir dem gedankenlosen Gebrauch des Wortes „sozial“ verdanken.

Unter dieser Perspektive mag es erstaunen, daß wir den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ im Sachwortregister bzw. in den Schriften der Vertreter des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft finden. Es sind hier die Schriften *Erhards*, *Euckens* und *Müller-Armacks* ausgewertet worden. Zunächst fällt bei ihnen folgende Gemeinsamkeit auf: Sie sprechen behördlichen Zuteilungssystemen - entweder in Form von Lebensmittelkarten oder zentraler Planung - die Möglichkeit und sogar den Willen ab, für soziale Gerechtigkeit sorgen zu können. *Erhard* (1953, S. 131) will den Bürger von der Hörigkeit gegenüber Ämtern befreien und das Geld wieder zum einzigen Bezugsschein machen. Für *Eucken* ist die Verteilung dann besonders ungleich und ungerecht, wenn sich wirtschaftliche Macht mit öffentlicher Macht verbindet (1952/1995, S. 124). Nach *Müller-Ar-*

¹⁵ *André Leysen* hat die Antwort auf die Frage: „Was heißt soziale Gerechtigkeit?“ als offen bezeichnet (1996, S. 108): „Die optimale Schnittstelle zwischen der individuellen Freiheit, die man den einzelnen gewähren soll, und dem Grad an Schutz, den man dem Schwächeren verleihen soll, zu finden, ist seit der Zeit Solons ein Kernproblem der Politik. Um es mit modernen Worten zu sagen, das Kernproblem der Meinungsverschiedenheiten zwischen Links und Rechts“.

mack (1948/ 1966, S. 189) geben kollektivistische Systeme den Bevorzugten einen fragwürdigen Zuteilungsvorsprung, der auf Kosten des Anteils der Nichtbevorzugten gehe. Gemeinsam ist den drei Autoren ferner, daß sie nicht das Ziel sozialer Gerechtigkeit beschreiben, sondern Wege angeben, um zu mehr Gerechtigkeit zu gelangen. In der Überführung von vermachteten Wirtschaftsstrukturen in solche, bei denen sich das Entgelt nach den erbrachten Leistungen orientiert, sehen sie einen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit¹⁶. Auch war für sie eindeutig, daß gute Sozialpolitik Währungsstabilität erfordere (vgl. hierzu besonders *Erhard* 1957, S. 269ff.).

Bis hierher dürfte es keine starken Differenzen zwischen *von Hayek* und den Vertretern der Sozialen Marktwirtschaft geben. Sie beginnen erst da, wo die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft einen Umverteilungsbedarf sehen. Stellvertretend sei *Walter Eucken* (1952/1995, S. 300) zitiert: „Die Ungleichheit der Einkommen führt dahin, daß die Produktion von Luxusprodukten bereits erfolgt, wenn dringende Bedürfnisse von Haushalten mit geringem Einkommen noch Befriedigung verlangen. Hier also bedarf die Verteilung, die sich in der Wettbewerbsordnung vollzieht, der Korrektur“. Doch muß eine solche Umverteilungspolitik *marktgerecht* sein, indem sie die Funktionen einer variabel gehandhabten Wirtschaftsrechnung nicht gefährdet (*Müller-Armack* 1946/1966, S. 115). In diesem Bereich, das muß betont werden, wird unter Verlassung des analytischen Rahmens eine klare Wertentscheidung getroffen. Es ist die Anerkennung der Gemeinschaft, für die Bürger Verantwortung zu übernehmen, die seit Geburt oder durch schicksalhafte Fügung auf die Hilfe von anderen angewiesen sind.

d. Subsidiarität und Marktkonformität

F.A. von Hayek leugnet eine solche Verpflichtung nicht generell, sondern verweist auf die strukturellen Unterschiede zwischen Klein- und Großgesellschaft (1988, S. 11ff.), die eine Übernahme der Normen der Kleingruppe sich verhängnisvoll auswirken ließen. *Walter Eucken* (1952/1995, S. 348) verweist dagegen auf das Subsidiaritätsprinzip, wonach der Staat nur da eingreifen solle, wo seine Mithilfe in keiner Weise zu entbehren sei. Für ihn liegt die Vereinbarkeit des Subsidiaritätsprinzips mit einer Wettbewerbsordnung auf der Hand (1952/1995, S. 348): „Auch in der Wettbewerbsordnung wird der Akzent auf die Entfaltung der individuellen Kräfte gelegt - unter Beschränkung des Staates auf die Aufgaben, die das freie Spiel der Kräfte nicht zu leisten vermag.“

¹⁶ Vgl. hierzu *Erhard* (1948/1988, S. 140). Sein „Wohlstand für alle“ (1957, passim) kann als eine einzige Paraphrase dieses Satzes gelesen werden. - Vgl. ferner *Eucken* (1952/1995, S. 300, 316) und *Müller-Armack* (1948/1966, S. 189f.).

Auf jeden Fall ist die Wettbewerbsordnung die einzige Ordnung, in der das Subsidiaritätsprinzip voll zur Geltung kommen kann“.

Nachdem dieses Kriterium in der wirtschaftstheoretischen und -politischen Debatte bisher kaum eine Rolle gespielt hat - „Subsidiarität‘ ist ein Terminus, mit dem die meisten Ökonomen unserer Tage nicht viel anzufangen wissen“, so *Kurt Rothschild* (1994, S. 195) -, hat die im *Maastricht-Vertrag* verankerte Präambel, Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah zu treffen, eine intensive Debatte unter Rechtswissenschaftlern und abgeschwächt unter Wirtschaftswissenschaftlern angestoßen. Das Prinzip selbst kann eher restriktiv oder eher extensiv ausgelegt werden: Die restriktive Auslegung betont Eigenverantwortung und Entfaltung der Person in Wirtschaft und Gesellschaft und setzt dem Staat enge Grenzen bei Wirtschafts- und Sozialpolitik; die extensive Auslegung will dem Individuum und intermediären Gruppen Handlungsfreiheit und Entfaltungsspielräume ermöglichen, so daß sich für übergeordnete Hierarchiestufen Aktionsforderungen ergeben können. Diese unterschiedlichen Auslegungen erklären, wieso das Prinzip sowohl für eine Ausweitung als auch für eine Eingrenzung sozialpolitischer Maßnahmen herangezogen werden kann (*Rothschild* 1994, S. 198). Da die Vieldeutigkeit des Prinzips eine fast willkürliche politische Verwendung ermögliche, schlägt *Werner Dichmann* (1994, S. 242f.) vor, spezifische Regelungen zwecks restriktiver Auslegung in der Verfassung zu verankern.

So betrachtet ist das von *Rüstow* (1932/1963, S. 249ff.) und *Röpke* (1937/1994, S. 332) entwickelte Marktkonformitätskriterium brauchbarer¹⁷; zumindest sondert es Maßnahmen aus, die direkt effizienzmindernd wirken, weil sie den Signalapparat in Form beweglicher Preise bei seiner Arbeit behindern. Es hat sich gezeigt, daß sich Politiker bei ihren Entscheidungen nicht von diesem Kriterium leiten lassen, wenn sie unmittelbar schützen (siehe Regelung des Mietwohnungsbaus) oder helfen wollen (siehe Agrarmarktordnungen). Aber auch wenn Sozialpolitik nicht den Preismechanismus außer Kraft setzt, kann sie eine Volkswirtschaft lähmen, wenn sie beim Test der Belastbarkeit zu leichtfertig war. Auf diese Gefahr hat *Willgerodt* (1966, S. 203) hingewiesen und die von *Eucken*, *Röpke* und *Müller-Armack* entwickelte Ordnungstheorie und -politik für erweiterungsbedürftig gehalten. Eine Möglichkeit bestünde darin, die Verträglichkeit einer bestimmten politischen Maßnahme mit dem Signalapparat beweglicher Preise nicht bloß für einen gegebenen Zeitpunkt, sondern die Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung auf mittel- und langfristige Sicht zu prüfen (*Gutmann* 1986, S. 49-62 und *Starbatty* 1987, S.

¹⁷ In diesem Sinne auch *Norbert Klotten* (1986, S. 75): „Die Kriterien der Ordnungs- und der Zielkonformität sind hilfreiche Kategorien, mehr nicht“. Vgl. ferner *Wolfgang Stützel* (1980, S. 450ff.) und *Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft* (1981, S. 247ff.). - Eine sehr kritische Sicht findet sich bei *Anthony de Jasay* (1993, S. 25ff. und 33f.) sowie *Gerard Radnitzky* (1993, S. 35-44 und 1995, S. 194ff.).

155-181). Aber auch hier lautet die Frage: Was kann Politiker dazu bewegen, ihre Aktionen auf ordnungspolitische Langfristwirkungen hin zu prüfen?

III. Politische Ökonomie: Gefordert ist der „starke Staat“, zu zähmen ist „Leviathan“!

Wir gehen allgemein davon aus, daß die Ordoliberalen einen „starken Staat“ fordern, der die erwünschte Ordnung auch verwirkliche. Dieser Staat müsse auf jeden Fall so stark sein, daß er Allgemeininteressen gegen Gruppeninteressen durchsetzen könne. *Christian Watrin* (1982, S. 139) problematisiert diese Sicht: „Üblicherweise wird davon ausgegangen, daß er die Instanz ist, welche die marktwirtschaftliche Ordnung durchsetzt, schützt und weiterbildet und die gleichzeitig den sozialen Ausgleich bewerkstelligt. Dort, wo er dies nicht tut, zeihen wir ihn des ordnungspolitischen Sündenfalls oder der mangelnden sozialen Verantwortung. Für Ethiker mag damit die Welt wieder in Ordnung sein, Ökonomen aber sollten nach den Gründen des ordnungspolitischen Versagens des Staates fragen“. Die Frage lautet also: Wenn wir einen starken Staat brauchen, wie können wir ihn davon abhalten, seine Macht gegen den Willen der Bürger auszuspielen¹⁸. Freilich ist viel verlangt, wenn sich Ökonomen über die Skizzierung und Ausarbeitung einer vorzugswürdigen Wirtschaftsordnung hinaus auch noch Gedanken über deren Realisierung machen sollen. An die Vertreter keynesianischer Feinsteuerung sind solche Forderungen nicht erhoben worden, als man daran ging, deren Konzepte umzusetzen. Erinnerung sei an *Karl Schillers* Wort der umgekehrten *Pirandello*-Situation unmittelbar vor Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (1966, S. 24): Ein Gesetz, das sich seine Regierung erst noch suchen muß. Eine Aufarbeitung der ordoliberalen Literatur zeigt aber, daß die Gründungsväter sehr wohl über die *politische Ökonomie* ihrer Konzeptionen nachgedacht haben¹⁹.

Wir wollen zunächst prüfen, was die Ordoliberalen unter einem starken Staat verstanden, wobei wir uns - stellvertretend für alle - auf *Eucken* konzentrieren. Für *Erich Streißler* (1973, S. 1424) leidet *Eucken* und mit ihm der gesamte Ordoliberalismus unter einer „strikt *Rousseau*'schen Machtneurose“: Er hungere nach einem „starken Staat“, der mächtig sei und klug handeln werde. Wohl im Anschluß an *Streißler* nimmt *Borchardt* an (1981, S. 45), daß das Modell für den Neoli-

¹⁸ Ganz ähnlich auch *Borchardt* (1981, S. 47): „Die Grundväter der Sozialen Marktwirtschaft haben, nicht zuletzt auf Grund ihres Staatsverständnisses und in Verallgemeinerung der höchst speziellen Situation 1948/53, keine Notwendigkeit empfunden, sich den Fragen der Herbeiführung und der politischen Sicherung von vorzugswürdigen Ordnungen genauer zuzuwenden“.

¹⁹ Dabei erweisen sich deren ordnungspolitische Ideen und Vorkehrungen als höchst modern oder - besser - als zeitlos. So verstehen *Richter* und *Furubotn* (1996, S. 37) die neueren Arbeiten zur Verfassungsökonomik (*Buchanan, Wagner, Tollison*) als amerikanische Version der älteren deutschen „Ordnungspolitik“.

beralismus der „wohlwollende Diktator“ gewesen sei. Diese Denkfigur soll ausdrücken, daß eine Person oder eine in sich geschlossene Gruppe eine als ideal erscheinende Konzeption auch gegen jeglichen Widerstand durchsetzen können. Und genau das findet sich bei *Eucken* nicht. Er diskutiert vielmehr sehr sorgfältig (1952/1995, S. 325-334), wie das politische Umfeld beschaffen sein müsse, damit der Staat - gemeint sind für den Staat handelnde Legislative und Exekutive - eine Wirtschaftsordnung realisieren könne, die zuvörderst an der Freiheit des Individuums orientiert sei. Er arbeitet in aller Deutlichkeit heraus, daß ein handlungsmächtiger Staat in Wirklichkeit schwach sei, weil er die Begehrlichkeit der Gruppen auf sich lenke, wenn er geben und verteilen könne. Dabei macht *Eucken* auf die Interdependenz der Teilordnungen aufmerksam. Man mag aus heutiger Perspektive sagen, das sei noch nicht genug und es sei auch zu vage. Aber es war immerhin ein Anfang, der sich positiv von konkurrierenden theoretischen Konzepten - zu denken ist hier vor allem an von *John Maynard Keynes* inspirierte - abhob.

Welche Antworten gibt das theoretische Konzept auf die Frage, wie eine vorzugswürdige Ordnung eingeführt und - vor allem - gegen politischen Mißbrauch geschützt werden kann? Diese Frage ist in einer Demokratie, wo Mehrheiten periodisch politische Macht zuteilen, besonders schwer zu beantworten. Da die Bürger mit ihren Wählerstimmen über die jeweilige Regierung entscheiden und damit ja eine sparsame belohnen und eine verschwenderische bestrafen könnten, spitzt *Watrin* die Frage nach der Zähmung des *Leviathan* wie folgt zu (1982, S. 153): „Der hier geschilderte *Leviathan* sind jedoch Sie und ich, die Bürger dieses Landes, aufgeklärte, lebenswürdige und vernünftige Menschen“. Die Frage lautet dann: Wie schützen wir uns vor uns selbst?

Beliebt ist im Bereich der Politik, wenn die Finanzen aus dem Ruder laufen, der Ansatz der Kriminalisierung: Diejenigen, die das System mißbrauchen oder weidlich ausschöpfen, an den Pranger zu stellen. So kann die „Krankheit“ aber nicht geheilt werden. Unsere Sozialsysteme brechen zusammen, wenn und weil sich die Bürger hier so verhalten, wie wir es in anderen Konstellationen für vernünftig und angebracht halten. *Philipp Herder-Dorneich* (1982, S. 29ff.) spricht von der „Rationalitäten-Falle“. Doch wäre der Eindruck falsch, der Ordoliberalismus und die auf ihm fußenden Schriften ließen uns allein, wenn wir nach Regeln suchen, um *Leviathan* zu zähmen. Eine Klage, dieses oder jenes sei nicht ausreichend behandelt oder Fehlentwicklungen seien nicht vorausgesehen worden, ist fehl am Platze. Es muß ja für spätere Wissenschaftler, Denker und Politiker noch etwas zu ergänzen, zu korrigieren oder nachzutragen geben. Aus dem, was uns ordoliberale Schriften vermitteln, lassen sich durchaus Erkenntnisse für die Zähmung *Leviathans* gewinnen. Folgende konzeptionellen Überlegungen sind hier wichtig:

- Eine zentrale Regel läuft auf die Herausnahme von Aktivitäten aus der politischen Verantwortung hinaus²⁰;
- es sind Regeln aufzustellen, die erkennen lassen, daß sozialpolitische Wohltäter dabei sind, die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zu stark zu belasten (vgl. hierzu *Johann Eckhoff* 1993, S. 49-59);
- ganz besonders wichtig ist - eingedenk der Tatsache, daß *wir*, die Bürger der *Leviathan* sind -, für ein öffentliches Meinungsklima zu sorgen, das mit *Ludwig Erhard* (1957, S. 296) im Versorgungsstaat „den modernen Wahn“ sieht.

Karl Hohmann (1988, S. 17f.) bezeugt - auch aus eigener Anschauung -, daß gerade *Ludwig Erhard* erfolgreich bemüht war, öffentliche Zustimmung für seine Politik zu gewinnen und zu erhalten: „Bei *Erhard* kann man darüber hinaus feststellen, daß ein nicht unwesentlicher Teil seiner konkreten Politik durch das Instrument der Rede gestaltet wurde. Das gilt vor allem für die Zeit um 1948 mit der Währungs- und Wirtschaftsreform und für die Jahre danach, als es darauf ankam, die Menschen für seine Politik zu gewinnen... Er war überzeugt, daß sein Stil, Wirtschaftspolitik zu betreiben, ohne Öffentlichkeit, ohne Teilnahme der Bürger am wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß, nicht erfolgreich sein würde“.

²⁰ *Knut Borchardt* (1981, S. 36) leitet aus der Lektüre des ordoliberalen Schrifttums folgende Empfehlung ab: „Wollt ihr als freie Bürger einen auf Dauer wirklich vertrauenswürdigen Staat, überlastet ihn nicht mit Aufgaben, die er kaum befriedigend erfüllen kann. Gebt ihm vielmehr die Chance, darauf zu verweisen, daß die Geschichte so erfinderisch gewesen ist, auch andere Institutionen für die Koordinierung und Stimulierung gesellschaftlicher Aktivitäten von Individuen hervorzubringen, insbesondere die Marktwirtschaft, in der Konflikte entschieden werden können, ohne gleich den ganzen Staatszweck in den Streit einzubeziehen“.

LITERATUR

Bibliographien

Dapper, Karl-Peter und Gerhard Hahn (1983)

Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1981, Baden-Baden.

Hahn, Gerhard (1989)

Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland 1982/1987, Baden-Baden (= Zusammenfassung der 1983-1987 jährlich erstellten Bibliographien zur Sozialen Marktwirtschaft, die als Beilage zur Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ veröffentlicht wurden).

Grundtexte

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V. Bonn (1981)

Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion, Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft Stuttgart und New York.

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V. Bonn (1988)

Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft, Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Band 2, Stuttgart und New York.

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V. Bonn (1994)

Marktwirtschaft als Aufgabe, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang von Plan zum Markt, Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft Band 3, Stuttgart, Jena und New York.

Einzelveröffentlichungen

Baader, Roland (Hrsg.) (1995)

Die Enkel des Perikles. Liberale Positionen zu Sozialstaat und Gesellschaft, Gräfelting.

Becker, Helmut Paul (1965)

Die soziale Frage im Neoliberalismus. Analyse und Kritik, Heidelberg und Löwen.

Biskup, Reinhold (1995)

Die Soziale Marktwirtschaft zwischen echten Feinden und falschen Freunden, in: Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, hrsg. von Friedrun Quaas und Thomas Straubhaar, Bern, Stuttgart und Wien, S. 47-80.

Blum, Reinhard (1969)

Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus, Tübingen.

- Blum, Reinhard (1980)
Marktwirtschaft, soziale, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, hrsg. von Willi Albers u.a., Stuttgart, New York, Göttingen, S. 153-166.
- Böhm, Franz (1953/1981)
Marktwirtschaft von links und von rechts, in: Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, hrsg. von Wolfgang Stützel, Christian Watrin, Hans Willgerodt und Karl Hohmann, Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. Bonn, Stuttgart und New York, S. 433-438.
- Böhm, Franz (1980)
Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, in: Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, hrsg. von Ernst Joachim Mestmäcker, Baden-Baden 1980, S. 315-505.
- Borchardt, Knut (1981)
Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in heutiger Sicht, in: Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, hrsg. von Ottmar Issing, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 116, S. 33-53.
- Boss, Alfred (1993)
Soziale Sicherungssysteme - Reformen überfällig, in: Weniger Staat - mehr Markt. Wege aus der Krise, hrsg. von Norbert Walter, München, S. 31-57.
- Derix, Hans-Heribert (1985)
Säkulare Inflation, kompetitive Geldordnung und „unbeschränkte Demokratie“. Zu Bedeutung und Problematik der politischen Theorie der Inflation F.A. von Hayeks, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Nr. 35, Stuttgart und New York.
- Dichmann, Werner (1994)
Subsidiarität. Herkunft, sozialpolitische Implikationen und ordnungspolitische Konsequenzen eines Prinzips, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 45, S. 195-249.
- Eekhoff, Johann (1993)
Marktwirtschaftliche Grenzen für soziale Sicherungssysteme, in: Beschränkung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft, Referate des XXVI. FIW-Symposiums, hrsg. vom Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e.V. Köln (FIW), Heft 155 der FIW-Schriftenreihe, Köln, S. 49-59.
- Erhard, Ludwig (1948/1988)
Marktwirtschaft im Streit der Meinungen. Rede vor dem 2. Parteikongreß der CDU der britischen Zone, Recklinghausen, 28. August 1948, in: Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, hrsg. von Karl Hohmann, Düsseldorf, Wien und New York, S. 134-151.
- Erhard, Ludwig (1953)
Die deutsche Wirtschaftspolitik im Blickfeld europäischer Politik, in: Albert Hunold (Hrsg.), Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach-Zürich, S. 128-157.
- Erhard, Ludwig (1957)
Wohlstand für Alle, Düsseldorf.

- Erhard, Ludwig (1962)
Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf, Wien, Frankfurt/Main.
- Erhard, Ludwig (1962)
Freiheit und Aussprache, in: Ders., Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf u.a., S. 588-595.
- Eschenburg, Theodor (1961)
Erhard als Nachfolger Adenauers, in: Ders., Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik. Kritische Betrachtungen 1957-1961, München.
- Eucken, Walter (1940/41)
Die Grundlagen der Nationalökonomie, 8. Aufl., Berlin und Heidelberg.
- Eucken, Walter (1952/1995)
Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen.
- Fack, F.U., Fromme, F.K., Nonnenmacher, G. (Hrsg.) (1991)
Das deutsche Modell. Freiheitlicher Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft, München.
- Friauf, Karl Heinrich (1996)
Der Sozialstaat des Grundgesetzes unter den Bedingungen der Industriegesellschaft, in: Sozialstaat - Idee und Entwicklung, Reformzwänge und Reformziele, hrsg. von der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 35, Köln, S. 63-104.
- Friauf, Karl Heinrich (1992)
Diskussionsbeitrag zu: Klaus Stern: Der Verfassungsstaat der Gegenwart und sein Auftrag, in: Grundlagen der freiheitlichen Ordnung, hrsg. von der Walter-Raymond-Stiftung, Band 32, S. 19-65.
- Gäfgen, Gérard (1990)
Gerechtigkeit - ein Allerweltswort, in: Das Soziale der Marktwirtschaft, hrsg. von Gerhard Schwarz, Zürich, S. 30-35.
- Gerding, Rainer und Joachim Starbatty (1980)
Zur Entnationalisierung des Geldes. Eine Zwischenbilanz. Walter Eucken Institut. Vorträge und Aufsätze 78, Tübingen.
- Gutmann, Gernot (1982)
Diskussionsbeitrag, in: Soziale Marktwirtschaft im vierten Jahrzehnt ihrer Bewährung, Symposium VIII, hrsg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung, Stuttgart und New York, S. 85.
- Gutmann, Gernot (1986)
Ordnungskonformität von Wirtschaftspolitik in Marktwirtschaften und Zentralverwaltungswirtschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Jg. 31, (1986), S. 49-62.
- Gutmann, Gernot (1990)
Soziale Marktwirtschaft als Gesellschaftsidee. Zur anthropologischen und ethischen Grundlegung einer ordnungspolitischen Konzeption, in: Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, hrsg. von Jörg-Dieter Gauger und Klaus Weigelt, Bonn, S. 171-191.

- Hasse, Ralf (1996)
Eine Renaissance des wahrhaft Sozialen. Die praktizierte Sozial- und Tarifpolitik kann sich kaum mehr auf die Soziale Marktwirtschaft berufen, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 215 vom 14. September 1996, S. 18.
- Hayek, F.A. von (1957)
Was ist und was heißt „sozial“?, in: Masse und Demokratie, hrsg. von Albert Hunold, Erlenbach-Zürich und Stuttgart, S. 71-84.
- Hayek, F.A. von (1969)
Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze von F. A. von Hayek, Tübingen, S. 249-266.
- Hayek, F.A. von (1977)
Entnationalisierung des Geldes. Walter Eucken Institut. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen 13, Tübingen.
- Hayek, F.A. von (1988)
Between Instinct and Reason, in: The Fatal Conceit. The Errors of Socialism, The Collected Works of F.A. Hayek, Vol. I, hrsg. von W.W. Bartley III, Chicago und London, S. 11-28.
- Herder-Dorneich, Philipp (1982)
Der Sozialstaat in der Rationalitätenfalle. Grundfragen der sozialen Steuerung, Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz.
- Hohmann, Karl (Hrsg.) (1988)
Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, Düsseldorf, Wien, New York.
- Hunold, Albert (1953)
Geleitwort, in: Ders. (Hrsg.), Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach-Zürich.
- Jasay, Anthony de (1993a)
Soziale Marktwirtschaft: Sozialismus in anderer Form?, in: Adjektivlose oder Soziale Marktwirtschaft?, hrsg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn, S. 9-18.
- Jasay, Anthony de (1993b)
Umverteilung mindert die Effizienz, in: Adjektivlose oder Soziale Marktwirtschaft?, hrsg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn, S. 25-28.
- Kannengießer, Walter (1988)
Sozialpolitik in der Marktwirtschaft, in: Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft, Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Band 2, hrsg. von Karl Hohmann, Dietrich Schönwitz, Hans-Jürgen Weber und Horst Friedrich Wünsche, Stuttgart, New York, S. 477-482.
- Kloten, Norbert (1986)
Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 108, Tübingen.

- Koslowski, Peter, Kreuzer, Philipp und Löw, Reinhard (Hrsg.) (1983)
Chancen und Grenzen des Sozialstaats. Staatstheorie, Politische Ökonomie, Politik, Tübingen.
- Krüsselberg, Hans-Günther (1994)
Humanvermögen in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Soziale Marktwirtschaft. Ein Modell für Europa, Festschrift für Gernot Gutmann zum 65. Geburtstag, hrsg. von Werner Klein, Spiridon Paraskewopoulos und Helmut Winter, Volkswirtschaftliche Schriften Heft 441, Berlin, S. 31-56.
- Külp, Bernard, Haas, Heinz-Dieter (Hrsg.) (1977)
Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 92/1, Berlin.
- Leigh-Pemberton, Robin (1990)
The UK's Proposal for Economic and Monetary Union, Veröffentlichungen der Bank of England, London.
- Leminsky, Gerhard (1979)
Vertretung von Arbeitnehmerinteressen und ihr Einfluß auf Unternehmerentscheidungen, in: Unternehmerischer Handlungsspielraum in der aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Situation, hrsg. von Karl Heinrich Oppenländer, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, S. 115-134.
- Leysen, André (1996)
Was heißt soziale Gerechtigkeit?, in: Sozialstaat - Idee und Entwicklung, Reformzwänge und Reformziele, hrsg. von der Walter-Raymond-Stiftung, Band 35, Köln, S. 107-134.
- Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. Bonn (1994)
Umbau der Sozialsysteme, Krefeld.
- Merklein, Renate (1980)
Griff in die eigene Tasche. Hintergeht der Bonner Sozialstaat seine Bürger?, Hamburg.
- Miksch, Leonhard (1947/1981)
Wettbewerb und Wirtschaftsverfassung, in: Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion, Grundtexte der Sozialen Marktwirtschaft, hrsg. von Wolfgang Stützel, Christian Watrin, Hans Willgerodt und Karl Hohmann, Stuttgart und New York, S. 177-182.
- Mill, John Stuart (1848)
Principles of Political Economy with some of their Applications for Social Philosophy, London (Klassiker der Nationalökonomie. Eine Faksimile-Edition der Handelsblatt-Bibliothek).
- Mötteli, Carlo (1961)
Licht und Schatten der Sozialen Marktwirtschaft, Erlenbach-Zürich.
- Müller-Armack, Alfred (1946/1966)
Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg im Breisgau, S. 19-170.

- Müller-Armack, Alfred (1947/1974)
Zur Diagnose unserer Wirtschaftspolitik, in: Ders., Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern und Stuttgart, S. 40-58.
- Müller-Armack, Alfred (1948/1966)
Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen, in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg im Breisgau, S. 171-199.
- Müller-Armack, Alfred (1950/1981)
Soziale Irenik, in: Ders., Religion und Wirtschaft, 3. unveränd. Aufl., Bern und Stuttgart, S. 559-578.
- Müller-Armack, Alfred (1956/1966)
Soziale Marktwirtschaft, in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg im Breisgau, S. 243-249.
- Müller-Armack, Alfred (1959/1966)
Die Soziale Marktwirtschaft nach einem Jahrzehnt ihrer Erprobung, in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg im Breisgau, S. 251-265.
- Müller-Armack, Alfred (1966)
Vorwort, in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg im Breisgau, S. 9-15.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1996)
Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale, 4. erweiterte Ausgabe, Frankfurt/M. und Berlin.
- Radnitzky, Gérard (1993)
Wie marktkonform ist die Soziale Marktwirtschaft?, in: Schweizer Monatshefte, Nr. 6, S. 465-473.
- Radnitzky, Gérard (1995)
Die demokratische Wohlfahrtsdiktatur, in: Die Enkel des Perikles. Liberale Positionen zu Sozialstaat und Gesellschaft, hrsg. von Roland Baader, Gräfelting.
- Rappe, Hermann (1995)
Perspektiven für die Soziale Marktwirtschaft aus Sicht der Gewerkschaften, in: Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, hrsg. von Friedrun Quaas und Thomas Straubhaar, Bern, Stuttgart und Wien, S. 151-159.
- Richter, Rudolf, Furubotn, Eirik (1996)
Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung, Tübingen.
- Röpke, Wilhelm (1937/1994)
Die Lehre von der Wirtschaft, 13. Aufl., Bern, Stuttgart und Wien.
- Röpke, Wilhelm (1979)
Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 6. Aufl., Bern und Stuttgart.

- Rothschild, Kurt (1989)
Zur Leistungsfähigkeit eines wirtschaftspolitischen Slogans, in: Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, hrsg. von Wolfram Fischer, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 190, Berlin, S. 635-638.
- Rothschild, Kurt W. (1994)
Subsidiarität aus ökonomischer Sicht, in: Subsidiarität. Ein interdisziplinäres Symposium, hrsg. von Alois Riklin und Gerard Batliner, Baden-Baden, S. 193-201.
- Rüstow, Alexander (1932/1963)
Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus, in: Alexander Rüstow. Rede und Antwort, Ludwigsburg, S. 249-258.
- Rüstow, Alexander (1949)
Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 2, S. 100-169..
- Rüstow, Alexander (1961)
Paläoliberalismus, Kommunismus und Liberalismus, in: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Festgabe für Alfred Müller-Armack, hrsg. von Franz Greiß und Fritz W. Meyer, Berlin, S. 61-70.
- Schäfer, Wolf (1995)
Perspektiven für die Soziale Marktwirtschaft: Anthropologische Grundlagen, in: Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, hrsg. von Friedrun Quaas und Thomas Straubhaar, Bern, Stuttgart und Wien, S. 135-149.
- Scheff, Thomas J. (1990)
Microsociology. Discourse, Emotion, and Social Structure, Chicago.
- Schiller, Karl (1966)
Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft. Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze Nr. 15, Tübingen 1966.
- Schlecht, Otto (1991)
Die Soziale Marktwirtschaft ist der dritte Weg. Ein Modell macht Karriere, in: Das deutsche Modell. Freiheitlicher Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft, hrsg. von F. U. Fack, F. K. Fromme und G. Nonnenmacher, München 1991, S. 207-215.
- Schmölders, Günter (1983)
Der Wohlfahrtsstaat am Ende. Adam Riese schlägt zurück, München.
- Schwarz, Gerhard (Hrsg.) (1990)
Das Soziale der Marktwirtschaft, Zürich.
- Smith, Adam (1759)
The Theory of Moral Sentiments (Klassiker der Nationalökonomie. Eine Faksimile-Edition der Handelsblatt-Bibliothek).
- Smith, Adam (1776)
An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. (Klassiker der Nationalökonomie. Eine Faksimile-Edition der Handelsblatt-Edition).

Starbatty, Joachim (1982)

Alfred Müller-Armacks Beitrag zur Theorie und Politik der Sozialen Marktwirtschaft, in: Soziale Marktwirtschaft im vierten Jahrzehnt ihrer Bewährung, Symposium VIII, hrsg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. Bonn, Stuttgart und New York, S. 7-26.

Starbatty, Joachim (1987)

Die ordnungspolitische Dimension der EG-Technologiepolitik, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Stuttgart und New York, S. 155-181.

Starbatty, Joachim (1994)

Ordoliberalismus, in: Geschichte der Nationalökonomie, hrsg. von Erwin Dichtl und Ottmar Issing, 3. Aufl., München, S. 239-254.

Streißler, Erich (1973)

Macht und Freiheit in der Sicht des Liberalismus, in: Macht und ökonomisches Gesetz, hrsg. von Hans K. Schneider und Christian Watrin, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 74/II, Berlin, S. 1391-1426.

Stützel, Wolfgang (1980)

Systemkonforme Sozialpolitik in der sozialen Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 9, S. 450-455.

Tuchtfeldt, Egon (1973)

Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung, in: Ders. (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft im Wandel, Freiburg, S. 159-188.

Vaubel, Roland (Hrsg.) (1990)

Sozialpolitik für mündige Bürger: Optionen für eine Reform, Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Band 5, Baden-Baden.

Watrin, Christian (1979)

Vom Wirtschaftsdenken der Klassiker zu den neoliberalen Ordnungsvorstellungen, in: Liberalismus - nach wie vor. Grundgedanken und Zukunftsfragen, hrsg. von Willy Linder, Hanno Helbling und Hugo Bütler, Zürich, S. 81-102.

Watrin, Christian (1982)

Der neue Leviathan - über Gefahren einer Selbstzerstörung der freien Gesellschaft, in: Soziale Marktwirtschaft im vierten Jahrzehnt ihrer Bewährung, Symposium VIII der Ludwig-ErhardStiftung e.V. Bonn, S. 139-153.

Willgerodt, Hans (1966)

Warum Staatsplanung in der Marktwirtschaft?, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 17, (1966), S. 153-228.

Willgerodt, Hans (1973)

Diskussionsbeitrag zum Referat von Erich Streißler: Macht und Freiheit in der Sicht des Liberalismus, in: Macht und ökonomisches Gesetz, hrsg. von Hans K. Schneider und Christian Watrin, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 74/II, S. 1436-1439.

Willgerodt, Hans (1975)

Die gesellschaftliche Aneignung privater Leistungen als Grundelement der wettbewerblichen Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung. Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag, hrsg. von Heinz Sauer mann und Ernst-Joachim Mestmäcker, Tübingen, S. 687-705.

Willgerodt, Hans (1989)

Wertvorstellungen und theoretische Grundlagen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, in: Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven nach 40 Jahren, hrsg. von Wolfram Fischer, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 190, Berlin, S. 31-60.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (1981)

Staatliche Interventionen in einer Marktwirtschaft, in: Zeugnisse aus 200 Jahren ordnungspolitischer Diskussion, Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, hrsg. von Wolfgang Stützel, Christian Watrin, Hans Willgerodt und Karl Hohmann, Stuttgart und New York, S. 247-275.

Wünsche, Horst Friedrich (1986)

Ludwig Erhards Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption. Soziale Marktwirtschaft als politische Ökonomie, Stuttgart.

Wünsche, Horst Friedrich (1993)

Ludwig Erhards Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft, in: Adjektivlose oder Soziale Marktwirtschaft?, hrsg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn, S. 45-54.

Wulff, Manfred (1976)

Die neoliberale Wirtschaftsordnung. Versuch einer dynamischen Analyse der Konzeption und der Realität, Tübingen.